E.ON – Ein Stromkonzern zerlegt sich selbst

geschrieben von Wolfgang Müller | 17. Dezember 2014

Wenn ein solches Unternehmen "freiwillig" – und mit voller Unterstützung des Aufsichtsrats – beschließt, seine Geschäftstätigkeit und Kernkompetenz drastisch zu verringern, dann muss etwas Einschneidendes passiert sein. In der Tat: E.ON glaubt mit den Randbedingungen der politisch verordneten "Energiewende" nicht zurecht zu kommen und hat deshalb die "Notbremse" gezogen. Ab 2016 möchte das Unternehmen risikoreiche Geschäftsfelder auslagern und in einer neuen, von E.ON unabhängigen Firma, an die Börse bringen.

Die Risiken der Energiewende

Seit die Bundeskanzlerin vor dreieinhalb Jahren, fast im Alleingang, den Atomausstieg und die Energiewende durchboxte, hat sich die Welt für die deutschen Stromkonzerne radikal verändert. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) verschaffte den regenerativen Energieträgern einen steilen Aufschwung. Durch eine üppige Subventionierung sind inzwischen 82.000 Megawatt (MW) Erzeugungskapazität am Netz: Solar 38.750 MW, Wind 35.600 MW und Biomasse 8.100 MW. Daneben fordert

das EEG die unbedingte und vorrangige Einspeisung dieser zumeist volatilen Elektrizität, was bei entsprechender Wetterlage die Strompreise an der Börse kontinuierlich fallen lässt. Derzeit beträgt die sog. EEG-Umlage ca. 25 Milliarden Euro jährlich; dem steht für den erzeugten Strom ein Börsenwert von lediglich 2 Milliarden gegenüber. Ein Großteil des Stroms wird exportiert und verramscht, gelegentlich sogar unter hohen Geldzuzahlungen.
E.ON hat die Politik frühzeitig darüber informiert, dass unter diesen Umständen die konventionellen Kraftwerke (Steinkohle, Braunkohle, Gas, zum Teil auch Atom) nicht mehr rentabel betrieben werden können. Das Unternehmen forderte, zusammen mit RWE, einen sogenannten Kapazitätsmarkt. Dies ist, in praxi, eine staatliche Unterstützung

für konventionelle Kraftwerke, wenn sie nicht am Netz sind, aber in Bereitschaft stehen müssen. Als Beispiel wurde immer wieder die Feuerwehr herangezogen, die auch bezahlt werden muss, wenn keine Löscharbeiten anstehen. Die Politik hat diese Hilferufe überhört, ja sogar via Bundesnetzagentur verboten, unrentable Kraftwerke stillzulegen. Darüber hinaus hat sie von den EVU verlangt, die CO2-Emissionen bis 2020 um rd. 22 Millionen Tonnen zurückzufahren. Bei der vieldiskutierten Entsorgung der Kernkraftwerke werden E.ON und die drei anderen großen Energieversorgungsunternehmen RWE, EnBW und Vattenfall zu Unrecht publizistisch in die Ecke gestellt. Die bisher zurückgelegten Finanzmittel von ca. 2 Milliarden pro Kernkraftwerk sind voll ausreichend, wie auch aus

Rückbauerfahrungen beim früheren Kernforschungszentrums Karlsruhe hervor geht. Nicht bekannt sind allerdings die Kosten für die Endlagerung. Dafür zuständig ist per Atomgesetz die Bundesregierung. Seit das Salzlager Gorleben vor einigen Jahren, auf rot-grünem Zwang hin, leichtfertig aufgegeben wurde, fängt man mit der Suche nach einem Endlager wieder bei Null an. Dabei war nach allen vorliegenden Gutachten Gorleben sehr wohl als Endlager geeignet. Die Bereitstellung eines neuen Endlagers kann bis zum Ende dieses Jahrhunderts dauern, denn "Gorleben ist überall". Dieser bedauernswerte Umstand ist allerdings nicht von den EVU zu vertreten. Da die staatlichen Spezifikationen zur Verpackung des Atommülls logischerweise erst nach genauer technischer Kenntnis des Endlagers bekannt gegeben werden

können, ist es nicht ratsam, mit dem Abriss der Kernkraftwerke vorher zu beginnen. Die hoch strahlenden Teile, wie der Reaktortank, sind am besten geschützt durch die umgebenden Betonstrukturen des Kernkraftwerks und keinesfalls durch provisorische Zwischenläger, wie derzeit inmitten des KIT.

Die zentrale Frage: Versorgungssicherheit

E.ON hat jetzt den Bettel

hingeworfen. Unter den genannten Bedingungen (und vielen weiteren) sah sich das Unternehmen nicht mehr in der Lage, kostengerecht und rentabel Strom zu produzieren. Die Einschränkungen des EEG nahmen

immer mehr planwirtschaftlichen Charakter an und benachteiligten den Konzern im europäischen Verbund der Wettbewerber. Trotz umfangreicher Stilllegungen von

Kohlekraftwerken und (fast neuen) Gaskraftwerken waren die Kosten nicht mehr hereinzuholen. Schwindende Gewinne aber gefährden die künftig notwendigen Investitionen und

drücken den Börsenwert des Unternehmens, sodass "feindliche" Übernahmen nicht auszuschließen sind. Sinnigerweise behält die zukünftige E.ON die

hochsubventionierten Erneuerbaren Energien sowie die üppig geförderten Stromnetze im Portefeuille. Alle Kraftwerke müssen sich jedoch eine neue Firma suchen.
Was in der öffentlichen

Diskussion darüber fast gänzlich untergeht, ist das Thema*Versorgungssicherheit*. Jedem EVU, insbesondere aber den Großen, ist die allzeit sichere Versorgung der Bevölkerung mit Strom vom Gesetzgeber

auferlegt. Die deutschen Stromkonzerne haben in dieser Beziehung eine hervorragende Bilanz vorzuweisen: international stehen sie auf diesem Feld an der Spitze! Sogenannte

Blackouts gab es bisher allenfalls kurzzeitig regional, nie aber über die ganze Republik hinweg. Künftig, ab 2016, wenn die neue Gesellschaft in den Markt entlassen wird, muss man sich in

dieser Hinsicht Sorgen machen. Die wirtschaftlichen Randbedingungen werden sich bis dahin nicht verbessert haben – im Gegenteil. Es ist anzunehmen, dass die Börsenstrompreise weiterhin sinken

werden und der Gesellschaft keine nennenswerten Finanzmittel für Neuinvestitionen zur Verfügung stehen werden. Das wird die neue Gesellschaft veranlassen, ihre ältesten Kohlekraftwerke

bis zum Anschlag auszulasten. Abgesehen von der dann miesen CO2-Bilanz, könnte dies in absehbarer Zeit zum technischen Zusammenbruch des Kraftwerksparks führen. Das würde die Netzstabilität

aus Äußerste gefährden, die nur von großen Dynamomaschinen gesichert werden kann. Größere Blackouts sind unter diesen Umständen nicht mehr auszuschließen, mit weitreichenden

Folgen für das Industrieland Deutschland.
Auch um die Mittel für den oben genannten Rückbau der Atomkraftwerke muss man sich Sorgen machen. Sie sind ja – so vermute ich mal – nicht auf einem

Sonderkonto in Festgeld geparkt, sondern werthaltig in Vermögensteilen, wie dem Kraftwerkspark. Wenn dieser aber aus technischen und marktwirtschaftlic hen Gründen an

Wert verliert, so vermindert sich ganz schnell auch die darin angesammelte atomare Rückbaureserve. Die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und will den

Sachverhalt noch vor Weihnachten überprüfen lassen.

Vor einem Jahr

In

Zukunft werden also zwei Firmen den Strom ins E.ON-

Verbreitungsgebiet einspeisen: die (abgemagerte) E.ON

liefert Sonnen- und Windstrom, die neue

(noch namenlose) Gesellschaft den konventio

nellen Strom aus Kohle-, Gas- und Kernkraft werken

etc. Wie dies in der Summe aussehen könnte, ist aus

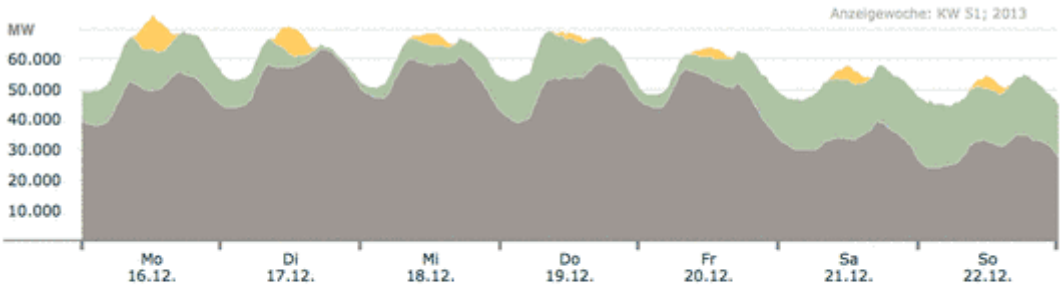
dem untensteh enden Diagramm entnehmen, welches

die Situation vor ziemlich genau einem

Jahr, nämlich in der 51. Kalenderwoche 2013

wiedergibt. (Daten von Leipziger Strombörse EEX und

B. Burger, Fraunhofer ISE).



	Max. Leistung	Datum max. Leistung	Wochenenergie
Solar	11,0 GW	16.12., 12:15 (+1:00)	0,17 TWh
Wind	22,4 GW	22.12., 02:15 (+1:00)	1,95 TWh
Konventionell > 100 MW	63,4 GW	17.12., 17:00 (+1:00)	7,7 TWh

Grafik: B. Burger, Fraunhofer ISE; Daten: Leipziger Strombörse EEX

Abb. 1 Deutsche Stromproduktion: 51.

Woche, 16. bis 22. Dezember 2013,



Abb. 2 Stromeinspeisung

vom 19.11.14; Hier wird der Ertrag von Sonne

und Wind als „Spitzenprodukt“ dargestellt – es

müsste eigentlich als Basis dargestellt

werden, da diese Energie ja nach dem EEG zuerst

eingespeist werden muss. Normalerweise ergibt

die dortige Darstellung ein überaus „erfreuli

ches“ Bild. Bild Deutsche Dachbörse; mit

Dank an J. Michele

Wie man aus der Tabelle

erkennen kann, benötigte Deutschland in dieser

Vorweihnachtswoche im Schnitt 60.000 Megawatt

an Stromleistung und knapp 10 Terawattstunden an

elektrischer Energie. Zu ca. 80 Prozent wurden

diese von den konventionellen Kraftwerken

geliefert. Die ca. 20 Prozent an Sonnen-

und Windstrom wurden nur fluktuierend dazu

geliefert, mussten aber, wegen des EEG, bevorzugt

eingespeist werden. Betrachtet man den grau

angefärbten konventionellen Strom als "Grundwel

len" in einem See, so erscheinen die gelben

und roten Beiträge von Sonne und Wind nur als stochasti

sche "Schaumkronen" auf diesen Wellen. Hinzu

kommt – ganz wichtig – dass die Lieferanten des

konventionellen Stroms auch für die Netzstabi

lität zu sorgen haben. Wie beispielsweise

gestern (am 12. 12. 2014) angesichts der Sturmfron

t
"Billie"!
Es stellt
sich die
Frage, ob
die neue

E.ON nach 2016 in der Lage sein wird, diesen

energiewirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukom

men. Und wer die Chefs dieser Gesellschaft sein

werden. Möglicher weise Hedgefonds-Manager,

die ihren Sitz auf den Cayman-Inseln haben

und für die deutschen Behörden kaum greifbar

wären? Finanzjongleure, die das neue E.ON-

Unternehmen nur nach schnellem Profit steuern:

ein Horrorgedanke. Immer mehr drängt

sich die Befürchtung auf, dass politische

Zauberlehrlinge vor dreieinhalb Jahren mit

klobiger Hand in das deutsche Stromsystem

eingegriffen haben, das vorher mehr als

hundert Jahre perfekt funktioniert hat. Inzwische

n spürt diese Laienschar immer mehr, welchen e

nergiewirtschaftlichen Schaden sie angericht

et hat
und
versucht
hektisch
gegenzust
euern.

Hoffen wir, dass ihr dies gelingt. Andernfalls könnte

die konventionelle Stromerzeugung in Deutschla

nd in wenigen Jahren zusammenbrechen. Übernomme

n vom Blog des Autors hier Über den Autor:

Willy Marth, geboren 1933 im Fichtelgebirge,

promovierte in Physik an der Technischen

Hochschule in München und erhielt anschlies

send ein Diplom in Betriebswirtschaft der Universit

ät München. Ein Post-Doc-Aufenthalt in den

USA vervollständigte seine Ausbildung. Am

„Atomei“ FRM in Garching war er für den Aufbau

der Bestrahlungseinrichtungen verantwortlich, am

FR 2 in Karlsruhe für die Durchführung der Reaktorex

perimente. Als Projektleiter wirkte er bei den

beiden natriumgekühlten Kernkraftwerken KNK I und

II, sowie bei der Entwicklung des Schnellen Brüter

SNR 300 in Kalkar. Beim europäischen

Brüter
EFR war
er als
Executive
Director
zuständig

für die gesamte Forschung an 12 Forschung szentren

in Deutschland, Frankreich und Grossbrit

annien.
Im Jahr
1994
wurde er
als
Finanzche

f für verschiedene Stilllegungsprojekte

berufen. Dabei handelte es sich um vier Reaktoren

und Kernkraftwerke sowie um die Wiederauf

arbeitungsanlage Karlsruhe, wo er für ein Jahresbud

get von 300 Millionen Euro verantwortlich

war.